

# Erkläre mir Österreich

Ein aufschlußreicher  
Fernsehabend

Jeden Sonntag das Gleiche. Soll man sich wirklich "Im Zentrum" anschauen? Letzter Sonntag war von der Vorankündigung her schon eine Zumutung zu befürchten — der Jahrestag der Nationalratswahl war das Thema und damit fast ein Jahr die Neuauflage von Schwarzblau. Als Regierungsvertreter waren Vilimsky und Blümel eingeladen — die seriösen Ober-sympathler dieses glorreichen neuen Regimes. Gut, mir graust vor nix — schau ich mir das an! Die erste Viertelstunde wird damit verbracht, über das Rauchen in der Gastronomie und das diesbezügliche Volksbegehren zu diskutieren — du, glückliches Österreich, hast keine anderen Sorgen! Man ist versucht abzudrehen, aber dann bemerkt man, daß diese Sendung geradezu paradigmatisch für den Zustand der Republik ist. Die Sozialdemokratie — hier vertreten durch Herrn Drozda — ist mit sich selbst beschäftigt und unfähig, Oppositionsarbeit zu machen. Dementsprechend wenig angriffig ist auch deren Vertreter in dieser Diskussion. Aggressive und zugleich sachlich fundierte Angriffe kommen hingegen von Meinl-Reisinger und Maria Stern — NEOS und Liste Pilz lassen aber auch gar nichts aus, um ÖVP und FPÖ vorzuführen.

Nach einer halben Stunde gesellt sich meine Liebste zu mir zum Fernseher — ja, so unterschiedlich kann man eine Diskussion rezipieren: Während ich mich ganz fürchterlich über die Präpotenz von Blümel und Vilimsky aufrege, die ihre völlig weltfremden Erklärungen zur Regierungspolitik vom Stapel lassen, wie sie es immer tun, amüsiert sich meine Liebste darüber, wie den Zweien "die Hosen ausgezogen" würden. Natürlich waren die Regierungszwillinge schwer in der Defensive, Blümel zieh seine Gegenübers sogar mehrfach wortwörtlich der "Lüge". Neben mir höre ich die ätzende Bemerkung: "Ich warte jetzt nur noch darauf, daß sie anfangen, Blondinenwitze zu erzählen, weils nimmer weiterwissen." Und fast wie aufs Stichwort meint Vilimsky, ihn interessiere nicht, "was Sie da in ihrer Hexenküche zusammenbrauen". Die Stimme neben mir: "Hexenküche! Das ist ja noch besser als Blondinenwitze!"

Was man sich da alles so anhören mußte von den Regierungsvertretern, ging wirklich auf kein Kuhhaut mehr. Besonders Herr Blümel war an Schmafu nicht zu übertreffen. Als Maria Stern ihn mit der Frage nach dem 12-Stunden-Tag konfrontierte (da waren die NEOS auch abgemeldet, schließlich hatten sie da ja zugestimmt), reproduzierte der Herr Minister wieder nur die Regierungsmeinung, daß das ja alles freiwillig sei und diese Freiwilligkeit im Gesetz stehe. Sterns Nachfrage, ob er wirklich meine, daß sich jemand traue, auf dieser gesetzlich definierten Freiwilligkeit zu bestehen, meinte Blümel allen Todsorgen: "Sagen Sie mir, das Gesetze einfach nicht eingehalten werden von Arbeitgebern?" (Hier ist ein großes Kompliment an die

Bildregie des ORF auszusprechen, die nicht nur das eher verzweifelte Augenverdrehen Sterns auf diese jenseitige Antwort dokumentierte, sondern generell die Gestiken der beiden Frauen, die Bände sprachen, immer wieder schön ins Bild brachte.)

Als Stern dann noch das völlige Desinteresse der Regierung am Mißstand der häuslichen Gewalt aufs Tapet bringt, toppt Herr Blümel sogar Herrn Vilimskys notorische Arroganz — er geht darauf gar nicht ein, indem er einfach meint, er wolle die "Diskussion wieder auf eine sachliche Ebene heben", um in Folge über was ganz anderes zu reden.

Nach dem Schlußpiff konstatiert meine Liebste, dies wäre die totale Niederlage der Regierungsparteien gewesen und damit hätten sie sehr viele Stimmen gerade von Frauen verloren. Ich würde ihr gerne recht geben, aber ich fürchte, so viel Glück haben wir nicht. Denn das in dieser Stunde ausgebreitete Tableau war wirklich eine Darstellung der politischen Situation in diesem Land. Da gibt es die beiden Regierungsparteien, die menschenunfreundliche Gesetze und Verordnungen beschließen, das mit haarsträubenden Argumentationen rechtfertigen und damit leider immer durchkommen — sonst hätten sie nicht genau so die Wahlen gewonnen und hätten nicht auch jetzt so gute Umfragewerte. Da gibt es zwei kleine Oppositionsparteien, die versuchen, das aufzublättern, aber real keine Möglichkeit haben, irgendwie effektiv Widerstand zu leisten — und leider auch thematisch und ideologisch oft genug danebenliegen. Die Sozialdemokratie hat sich überhaupt von der politischen Bühne abgemeldet — und mit ihr auch der ÖGB. Und sowas wie eine echte Linke saß bei dieser Debatte genausowenig am Tisch wie es sie ansonsten in Österreich gibt.

Mein Resümee: Ich hätte mir das doch nicht anschauen sollen.

*Bernhard Redl*

**Die Bundesregierung macht sich an den Institutionen der Sozialversicherungen zu schaffen. Umfärbung und Sozialabbau lautet der Vorwurf. Aber wares das bisher eigentlich wirklich Institutionen unter Kontrolle der Selbverwaltung, der Erwerbstätigen oder der Gewerkschaften? 1994 noch unter Vranitzky wurde aus dem Arbeitsamt als Behörde des Sozialministeriums ein öffentlich-rechtliches Unternehmen. Schlüssel färbte den Hauptverband der Sozialversicherungsträger um und daß ein Schwarzer Chef der AUVA ist, ist mittlerweile auch schon ganz normal. Dabei sind all diese Dinge einstens die Folge von Kämpfen der Arbeiterklasse gewesen. Daher diese Woche drei Texte zum Thema — denn es braucht sehr wohl Reformen. Aber andere!**

# AMS: Der ganz normale Terror

**Dem AMS werden die Gelder gekürzt, und da soll das (ganze) Problem sein?**

**S**chon 2018 muss das AMS mit weniger Geld auskommen. Die Regierung plant für 2019 erneut, das AMS Budget um weitere 350 Millionen Euro zu kürzen. Es wäre sachlich die Frage zu stellen, was dies für die weitere Gebarung des AMS bedeutet und wer Nachteile in welchem Ausmaß zu erwarten hat. Zudem wäre ein kritischer Blick auf die bisherige Praxis des AMS angebracht. Die im Parlament vertretenen linken Parteien, konkret die SPÖ und die Liste Pilz, kritisieren diese Kürzungen und ergehen sich gleichzeitig mit Lobesreden auf das AMS. Kathrin Glösel

behauptet auf dem SPÖ-nahen Blog kontrast.at, dass fehlende Kurse die Menschen deswegen in Billiglohnssektoren abdrängen würden. Die Sozialsprecherin der Liste Pilz, Daniela Holzinger, spricht von "arbeitsmarktpolitischer Untätigkeit" und behauptet, Kürzungen im AMS-Budget würden sogar "Arbeitslosigkeit produzieren". Die seit Jahren, ja Jahrzehnten geäußerte massive Kritik von Erwerbsloseninitiativen am AMS wird mit keinem Sterbenswörtchen erwähnt. Dass beim AMS einiges schief laufen könnte, davon kein Wort. Statt dessen wird die Illusion verstärkt, adäquate Arbeitsmarktpolitik könne wie durch Zauberhand Arbeitsplätze schaffen. Tatsächlich wäre die öffentliche Debatte um das AMS eine gute Gelegenheit auf einige hoch problematische Praktiken hinzuweisen, unter denen die Erwerbsarbeitslosen leiden.

**Statt Bescheide ausstellen versendet das AMS Mitteilungen**

Die Novelle des ALVG (Arbeitslosenversicherungsgesetz) aus dem Jahre 2007 erlaubt es dem AMS ihre Entscheidungen, etwa die Einstellung des Arbeitslosenbezu-

ges, bloß per Mitteilung zu verkünden. Der Unterschied zwischen Bescheid und Mitteilung ist juristisch gesehen gewaltig. Ein Bescheid muss rechtskonform argumentiert sein und eine Rechtsmittelbelehrung beinhalten. Das heißt, der betreffenden Person muss mitgeteilt werden, in welchem Zeitraum und in welcher Form sie das Recht hat, gegen den Inhalt des Bescheides zu berufen. Eine Mitteilung ist hingegen bloß ein Blatt Papier. Das ermöglicht dem AMS sich in rechtlichen Graubereichen zu bewegen. Wer die oftmals recht willkürlichen Entscheidungen des AMS anfechten möchte, muss erstmal innerhalb von drei Monaten einen Bescheid verlangen. Erst dann kann dagegen berufen werden. Das kostet Zeit, Geld und Nerven. Wir empfehlen trotzdem, keine Mitteilungen des AMS zu akzeptieren sondern stets einen Bescheid verlangen. Dazu findet ihr anbei im Kasten einen Musterbrief. Wäre es also zu viel verlangt, wenn die parlamentarische Opposition die Rede von der Rechtsstaatlichkeit, mit der die Regierung die grausamsten Maßnahmen legitimiert, auch für das AMS einklagen würde und obligatorisch Bescheide fordert?

## Musterbrief, an die zuständige Geschäftsstelle des AMS zu richten:

Betrifft: Bescheidanforderung Sehr geehrte Damen und Herren! In Ihrer Mitteilung vom ... (am Postweg erhalten am ...) haben sie mir ohne konkrete Begründung und Beweisführung die Arbeitslosenversicherungsleistung/Notstandhilfe rückwirkend mit ... vorläufig eingestellt. Daher verlange ich entsprechend § 24 Absatz 1 AIVG die Ausstellung eines entsprechend der Rechtsprechung hinreichend begründeten Bescheides über die Bezugseinstellung. Hochachtungsvoll

**Zwangszuweisungen zu Kursen, Reform des § 9 und § 10 des ALVG**

Seit 2007 gilt auch als arbeitsunwillig, wer sich weigert "einem Auftrag zur Nach(Um)schulung zu entsprechen oder durch ihr Verschulden den Erfolg der Nach(Um)schulung vereitelt, oder ohne wichtigen Grund die Teilnah-

me an einer Maßnahme zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt verweigert oder den Erfolg der Maßnahme vereitelt" (ALVG § 10, Abs. 1) Ebenso kann das AMS Personen verpflichten, "im Rahmen eines Sozialökonomischen Betriebes (SÖB) oder eines Gemeinnützigen Beschäftigungsprojektes (GBP)" (ALVG § Abs. 7) tätig zu werden. Im Klartext: Schulungsmaßnahmen und Teilnahme an den berichtigten "Sozialökonomischen Betrieben", das sind zweifelhafte Konstruktionen, die offiziell als Leiharbeitsunternehmen agieren, können nicht abgelehnt werden. Niemand wird sinnvolle Qualifikationsangebote ablehnen. In der gesellschaftskritischen Literatur zur Entwicklung des Sozialstaates werden diese Kurse als das erkannt, was sie mehrheitlich sind: Mittel und Methoden zur Disziplinierung der Erwerbsarbeitslosen um freudig jeden Job, sei er noch so schlecht bezahlten, anzunehmen. Nicht fehlende Kurse zwingen Menschen in Niedriglohnsektoren, sondern die Schikanen des AMS.

**Sanktionen wegen Terminversäumnissen und Ablehnung von Beschäftigungs- und Schulungsangeboten (§ 10 AIVG)**

Der Geschäftsbericht des AMS für 2017 weist insgesamt 111.451 Bezugssperren auf. Wegen Arbeitsunwilligkeit wurden gerade 237 Sperren ausgesprochen! Der Großteil wird mit "Ablehnung von Beschäftigungs- und Schulungsangeboten" (25.404 Fälle) und "Versäumen der Kontrollmeldung" (55.227 Fälle) begründet. Jedes Jahr sind es über 900.000 Personen, die zumindest kurzfristig mit dem AMS Bekanntschaft machen. Das heißt, über 10% wurden durch Sperren sanktioniert. Dieser existenzbedrohende Terror muss aufhören. Seit Jahren fordern Erwerbsloseninitiativen, diese Praxis zu beenden.

**Mittäter**

Aber warum kein Sterbenswort der Kritik an der Gebarung des AMS? Ein Blick auf die Organisation des AMS beantwortet diese Frage. Gewerkschaft und Sozialdemokratie sind bestens in die Verwaltung integriert. Das Präsidium besteht aus: Dr. Stefan Potmesil (Sozialministerium), Rudolf Kaske (ÖGB), Dr. Wolfgang Tritremmel (Industriellenvereinigung). Im Vorstand agieren Dr. Herbert Buchinger (SPÖ) und Dr. Johannes Kopf (ÖVP) einträchtig miteinander. Im Verwaltungsrat sind unter anderem vertreten: Ing. Alexander Prischl (ÖGB), Willibald Steinkellner (ÖGB), Dr. Gernot Mitter (AK). Auch in den diversen Ausschüssen (Ausländer-, Förder-, Strategie- und Kontrollausschuss) sind Gewerkschaft und Arbeiterkammer paritätisch vertreten. Gewerkschaft, Arbeiterkammer und Sozialdemokratie gestalten seit Jahren die Politik und Maßnahmen des AMS aktiv mit. Kritik, Opposition? Fehlanzeige.

*(Karl Reitter, Volksstimme Nr. 9, September 2018; abgekupfert aus ANSTOSS, Sept. 18)*

und die Patienten darüber informiert, was eine Zerschlagung, wie sie FPÖ-"Unsozialministerin" Hartinger-Klein vorhatte, bedeuten würde: Massive Verschlechterungen für Unfallopfer und Patienten.

Dann hat der Obmann der AUVA (von der ÖVP gestellt) gegen die eigene Belegschaft mit der Ministerin ein "Sparpaket" ausgehandelt, dass der AUVA im Interesse der Unternehmer an die 500 Millionen entzieht, manche Rehazentren (RZ) schließt, die Unfallkrankenhäuser (UKH) in eine Betriebs-GesmbH ausgliedert und Drittel des Verwaltungspersonals abbaut. Diese "GesmbH"-Lösung bedeutet den Beginn einer Privatisierung. Eine Schlechterstellung bei der Entlohnung durch die GesmbH-Lösung – wie ursprünglich geplant – konnte die Belegschaft vorerst verhindern.

Weil Belegschaft und Betriebsräte samt Gewerkschaft und vielen Unterstützer aus vielen anderen Bereichen der Bevölkerung – sie sammelten in Summe mehr als 200.000 Unterschriften, davon rund 100.000 in Papierform auch in den AUVA-Häusern – geht jetzt die AUVA-Leitung gegen Beschäftigte und Betriebsrat vor.

Am 26. September 2018 schrieb der erste Generaldirektor-Stv. der AUVA an ausgewählte Führungskräfte und forderte diese auf zu erheben, ob in den Einrichtungen – UKH und RZ – "Unterschriftenlisten des Zentralbetriebsrats aufliegen, in deren Text die Regierung bezichtigt wird, 5 Millionen Versicherte zu schädigen".

Es soll festgestellt werden, wer diese Listen aufgelegt hat. Darüber hinaus wurden Dienstordnungsparagrafen zitiert, was nahelegt, dass MitarbeiterInnen für politische Meinungsäußerungen mit dienstrechtlichen Konsequenzen bedroht werden sollen. Erik Lenz, Zentralbetriebsratsvorsitzender in der AUVA, stellte zu den Vorwürfen entschieden fest: "Die angesprochenen Unterschriftenlisten waren Teil der Maßnahmen mit denen die Belegschafts-

# AUVA: Zensur, Bespitzelung, Verfolgung

Seit Anfang des Jahres wehren sich die Beschäftigten und die Belegschaftsvertretung der AUVA massiv. Sie Zerschlagung der AUVA konnte vorerst verhindern werden. Österreichweit haben sie durch Protestaktionen und Unterschriftensammlung die Öffentlichkeit

vertretung in der AUVA gegen die ursprünglich geplanten Kürzungsmaßnahmen vorgegangen ist. Diese Listen wurden von weit über 100.000 Menschen unterschrieben ... Dadurch wurde ein essentieller Beitrag dazu geleistet, die Bedeutung der AUVA einer breiten Öffentlichkeit ins Bewusstsein zu rufen und die Existenz unserer AUVA abzusichern". Und weiter: "Dieses Vorgehen ist skandalös und in keinster Weise hinnehmbar. Wir leben in einem freien Land, in dem Presse- und Meinungsfreiheit gelten. Diese Rechte sind zu respektieren, durch die Bundesregierung, durch die Organe der AUVA und auch durch den Herrn Obmann. Kritik an politischen Absichten und das Eintreten für

unsere AUVA sind keine Dienstpflichtverletzungen, sie stellen vielmehr die Inanspruchnahme unveräußerlicher Rechte dar."

AUVA-Obmann Ofner wies die Anschuldigungen, davon gewusst zu haben zunächst empört von sich, was er später zurücknehmen musste, da die Mail an ihn in Kopie ergangen war. Dann distanzierte er sich: Er habe das Einsammeln regierungskritischen Materials nie angeordnet.

Doch bereits eine Woche später kommt es Anfang Oktober zu neuerlichem Druck auf die Betriebsräte, diesmal in der AUVA-Landesstelle Salzburg: Thomas Mück, AUVA-Generaldirektor-Stv. der AUVA, "ersuchte" den AUVA-Direktor der Salzburger Landess-

stelle "betriebsrätliche Drucksorten für eine allfällige Würdigung dieser Materialien im Rahmen einer Verwaltungskörpersitzung" bereit-zustellen. Hintergrund: Für die demnächst stattfindende AUVA-Kontrollversammlung soll Material gesammelt werden, das belegt, wie kritisch der Betriebsrat den Regierungsplänen gegenübersteht. So soll der erfolgreiche Widerstand schlecht gemacht, in der Belegschaft Angst und Schrecken verbreitet werden, dass sich niemand mehr getrauen soll für die berechtigten Interessen des AUVA-Erhalts im Interesse von Beschäftigten und Patienten.

*GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg*

# Zwei Jahr- hunderte Kampf

**Die Sozialversicherungen hierzulande haben eine lange Geschichte. KARL MURX hat für die akin aus mehreren Artikeln eine Zusammenstellung darüber gebastelt. Conclusio: Trotz Aufs und Abs hat die Selbstverwaltung früher schon mal besser funktioniert.**

**D**ie aktuelle Debatte um die Sozialversicherung und die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt, sowie die immer wiederkehrenden Diskussionen um die Pensionsversicherungsanstalt lassen die Geschichte dieser Institutionen als wesentliche Eckpfeiler der österreichischen ArbeiterInnengeschichte außen vor und verleug-

nen so die historische Bedeutung und Notwendigkeit der Selbstorganisation der ArbeiterInnen, die durch blutige Kämpfe und auf dem Rücken zahlloser Verwundeter, Verletzter und Verunglückter ArbeiterInnen in den letzten 200 Jahren ausgetragen wurden. Des weiteren negieren sie, dass es sich bei diesen Organisationen ursprünglich und eigentlich immer um solidarische Zusammenschlüsse der ArbeiterInnen gehandelt hat und das in diesen Organisationen schlussendlich auch die Beiträge und damit deren Vermögen eigentlich immer von den ArbeitnehmerInnen eingezahlt wurde. Wenngleich diese Beiträge in den letzten Jahrzehnten auch direkt von den Arbeitgebern eingezahlt wurden, so waren diese Einzahlungen doch Teil des Gehalts/Lohnes der ArbeiterInnen und Angestellten.

Dieses Geld wollen sich nun die KapitalistInnen einverleiben und unter ihre Kontrolle bringen, um ihre Profite noch mehr zu steigern oder ihre Misswirtschaft — sprich Schulden — auf den Staat und in weiterer Folge auf die ArbeiterInnen abwälzen zu können. Dabei lassen sie sich nicht

lumpen und schnappen sich gleich die ganze Organisation dazu. Dadurch können sie in Zukunft die Kontrolle darüber ausüben, welche Leistungen überhaupt noch angeboten werden und so die ArbeiterInnen besser kontrollieren und noch besser ausbeuten, indem sie beispielsweise Rehabilitationen und Kuren verkürzen sowie qualitativ verschlechtern oder Leistungen gar an Bedingungen knüpfen.

Vor etwa 200 Jahren begannen die Arbeiter und Angestellten, sich gegen das soziale Elend aufzulehnen, in dem die meisten von ihnen leben mussten. Die Arbeiter hatten kaum zu essen und waren schlecht gekleidet. Die Tuberkulose und andere Krankheiten forderten zahlreiche Opfer. Es gab keine Arbeiter-Versicherung. Ärztliche Behandlung war nur für Geld möglich, aber das Geld der Arbeiter-Familien reichte nicht einmal für die Ernährung aus. Die Arbeiter alterten früh. Wenn ein Arbeiter erschöpft war oder krank wurde, warfen ihn die Kapitalisten auf die Straße. Besonders schwer war die Lage der Arbeitslosen. An den Fabrikstoren drängten sich stets Menschen, die erfolglos nach

Arbeit suchten. Der Arbeitslose war zum Hungertod verurteilt und mit ihm auch seine Familie.

In den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts war eine 12- bis 14-stündige tägliche Arbeitszeit noch die Regel. Obwohl Kinderarbeit unter neun Jahren schon damals offiziell verboten war, scherten sich Fabrikanten nicht darum. Ebenso wie sie gewisse Gesetze, die die Arbeitszeit beschränkten, umgingen, indem sie die Arbeiter zu zwei Schichten täglich kommen ließen.

### **Die ersten Krankenkassen**

Um ihre Situation zu verbessern und die sozialen Gefahren für sich und die Familien der Arbeiter zu verbessern, organisierten sich die Arbeiter in Arbeitervereinen, in denen sie nach einiger Zeit auch anfangen, Geld zu sparen, um Mitgliedern der Vereinigung im Falle eines Krankenstandes oder eines Unfalles den Lohnentgang ausgleichen zu können und so die soziale Härte abzufedern. Nach und nach weiteten die Vereine die Sammlungen auch für etwaige Arbeitslosigkeit, Unfall-Renten und Pensionen aus.

So setzen beispielsweise die Bergarbeiter durch, dass auch die Bergwerksbetreiber in ihre Kassen einzahlen mussten, und waren so die ersten, die eine Betriebskrankenkasse gründeten. Dabei darf aber auch nicht außer acht gelassen werden, dass die Bergarbeiter damals die schwersten Unfälle erlitten hatten, bei denen die meisten tödlich verunglückten, und mit dem Geld verhindert wurde, dass zu dem Leid auch

noch die Familien verhungern mussten. Dieses Modell versuchte man, als Pflicht des Staates durchzusetzen, da die Meinung bestand, dass für das soziale Wohl der BürgerInnen der Staat zu sorgen habe.

Die Regierungen des Kaisers Franz Joseph fürchteten die junge Arbeiterbewegung und versuchten, diese mit einer Doppelstrategie zu "befrieden": Einerseits durch Polizeigewalt und politischen Druck, andererseits durch das Angebot eines Mindestmaßes an sozialer Sicherheit und das Angebot von — wenn auch zunächst noch sehr begrenzter — Mitbestimmung. So entstanden die ersten diesbezüglichen Gesetze wie das Vereinsgesetz, das die Entstehung der ersten Arbeiterkrankenkassen auf legaler Basis ermöglichte. Vorläufer waren im Jahre 1300 die Kuttberger Bergordnung Wenzels III. (als Regelung der Bergarbeiterbruderkassen — die ersten Arbeiterorganisationen der Bergarbeiter) sowie um 1800 die Gründung von selbstverwalteten Fabrikskassen der Industriearbeiter. 1803 fand die Gründung des ersten Arbeiter-Unterstützungsvereins, der Kranken- und Viaticumskasse der Linzer Buchdruckergehilfen statt. Die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung entwickelte sich parallel mit der Demokratie in Österreich und ist ein wesentliches und unverzichtbares Stück dieser.

Am 28. Dezember 1887 beschloss das Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrates das Gesetz über die Arbeiter-

Unfallversicherung, das 1889, gemeinsam mit dem 1888 verabschiedeten Gesetz über die Arbeiter-Krankenversicherung, in Kraft trat. Mit der Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung der in "fabrikmäßigen Betrieben" beschäftigten ArbeiterInnen sowie Angestellten wurden zugleich die weitgehend autonomen, selbstverwalteten Arbeiterkrankenkassen, neben den Bezirkskrankenkassen Vorläuferorganisationen der Gebietskrankenkassen, in die gesetzliche Sozialversicherung integriert.

Als das Krankenversicherungsgesetz in Kraft trat, blieben alle Arbeiter, die bereits bei einer anerkannten Kasse versichert waren (ob durch Gesetz, wie bei den Bruderkassen der Bergleute, oder freiwillig in Vereinskassen), bei ihrer bisherigen Versicherung. Das galt auch für die Arbeiterkrankenkassen und Arbeiterinvalidenkassen, die sich als freiwillige Selbsthilfeeinrichtungen natürlich autonom verwalteten. Sie wurden zu einer der beiden tragenden Säulen des Sozialversicherungssystems.

Die beiden Stammgesetze der österreichischen Sozialversicherung beinhalteten zwar für die versicherungspflichtigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Anspruch auf gewisse Versicherungsleistungen (ärztliche Hilfe, Spitalspflege, Heilmittel und Heilbehelfe, Krankengeld, Unfallrenten etc.). Diese waren aber alles in allem sehr schwach ausgestaltet, und darüber hinaus wurde "nur" rund ein Drittel der ArbeiterInnen in Österreich in den Kreis der Versicherten miteinbezogen, nämlich

---

#### Quellen:

Robert Grandl, Die Geschichte der Selbstverwaltung von den Arbeiterkrankenkassen des 19. Jahrhunderts bis zum Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; 2004. [http://www.arbeitswirtschaft.at/servlet/ContentServer?pagename=X03/Page/Index&n=X03\\_999\\_Suche.a&cid=1197995197505](http://www.arbeitswirtschaft.at/servlet/ContentServer?pagename=X03/Page/Index&n=X03_999_Suche.a&cid=1197995197505)

Mag. Robert Grandl, Projektmitarbeiter Institut für Gewerkschafts- und AK-Geschichte, AK Wien: Die Geschichte der Selbstverwaltung und Arbeitnehmermitbestimmung in der österreichischen Sozialversicherung, Teil 1: Von den Anfängen bis 1918, 308 Seiten, 1. Auflage, 31.10.2004, Reihe: Schriftenreihe des Instituts zur Erforschung der Geschichte der Gewerkschaften und Arbeiterkammern 19, ÖGB-Verlag, ISBN 978-3-7035-1027-4 Lehrbuch für die Grundschulung, erster Teil; hg. von der KPÖ, Stern Verlag, Wien, 1952

Sabine Lichtenberger (Institut für Gewerkschafts- und AK-Geschichte), Wie die Sozialversicherung entstand: Selbstverwaltung und Sozialversicherung; 2003; [http://www.arbeitswirtschaft.at/servlet/ContentServer?pagename=X03/Page/Index&n=X03\\_999\\_Suche.a&cid=1190322135699](http://www.arbeitswirtschaft.at/servlet/ContentServer?pagename=X03/Page/Index&n=X03_999_Suche.a&cid=1190322135699)

die IndustriearbeiterInnen sowie Industrieangestellten und die ArbeiterInnen in Gewerbeunternehmungen mit zumindest 20 Beschäftigten. Die Land- und ForstarbeiterInnen, die rund die Hälfte der österreichischen Arbeiterschaft bildeten, die kleingewerblichen ArbeiterInnen und andere ArbeitnehmerInnengruppen waren von der gesetzlichen Unfall- und Krankenversicherung ausgeschlossen.

Der 28. Dezember 1887 ist zugleich der Gründungstag der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, denn mit dem Unfallversicherungsgesetz 1887 und dem Krankenversicherungsgesetz 1888 wurde ein auf dem Prinzip der direkten Selbstverwaltung basierendes Organisationssystem als zentrale materielle Grundlage für die Arbeiter-Unfall- und Krankenversicherung auch in Österreich eingeführt.

Die Träger der Arbeiter-Unfallversicherung waren die territorialen Unfallversicherungsanstalten. Im Unterschied zu den Krankenkassen existierte bei den Unfallversicherungsanstalten keine Generalversammlung der Mitglieder, sondern der Vorstand bildete deren einziges zentrales Gremium (Drittelparität: ein Drittel Unternehmervertretung - ein Drittel ArbeitnehmerInnenvertretung - ein Drittel Behördenvertretung). Die Behördenvertreter, die vom Innenminister ernannt wurden, stellten dabei die dominante Gruppe dar, wobei auch die Macht der Unternehmervertreter nicht unterschätzt werden sollte.

Der Vorstand der Unfallversicherungsanstalt wurde direkt von den Mitgliedern, also den Versicherten und den Unternehmern bzw. deren Vertretern auf Basis von Betriebskategorien gewählt.

Die Wahlbeteiligung dürfte bei den Unfallversicherungsanstalten, ebenso wie bei den Krankenkassen, relativ niedrig gewesen sein (rund 50 Prozent), es existieren darüber jedoch keine genauen Angaben.

Alle Arbeiter ohne eigenen oder besonderen Versicherungsschutz wurden in der gesetzlichen Pflichtversicherung, den Bezirkskrankenkassen, erfasst. Sie standen unter staatlicher Aufsicht, wurden aber schon in Selbstverwaltung geführt. Da die Arbeiter den größten Teil der Beiträge aufbrachten, hatten ihre Vertreter in den Selbstverwaltungsorganen der Krankenkassen die Mehrheit. Bei der Kontrolle wurde umgekehrt gewichtet.

Die Unfallversicherung ersetzte die Haftpflicht der Unternehmer für Arbeitsunfälle. Die Finanzierung erfolgte überwiegend durch die Arbeitgeber. Demgemäß hatten sie in den Organen auch die Mehrheit - in der Kontrolle waren dagegen die Arbeitnehmer bestimmend.

1889 kam das Bruderladengesetz, damit die Unfall- und Krankenversicherung der Bergarbeiter, allerdings unter großem Protest derselben, da sie damit in vielen Rechten beschnitten und quasi enteignet wurden. 1906 erhielten die Angestellten als erste Arbeitnehmergruppe eine Pensionsversicherung.

Auch in der Pensionsversicherung der Angestellten erfolgte die Organisation in Selbstverwaltung ebenfalls unter Mitsprache der Arbeitnehmer.

### **Das 20. Jahrhundert: Anfänge der Sozialpartnerschaft**

Aufsichtsbehörde für die Sozialversicherung war bis 1917 das Innenministerium - ein Zeichen, wie sehr die Sozialgesetzgebung als Maßnahme der inneren Sicherheit verstanden wurde. Erst 1917 kamen die Kompetenzen zum neuen Sozialministerium. Mit der Selbstverwaltung der Sozialversicherung, die von Anfang an bestand, sollte auch "durch Heranziehen ehrenamtlich tätiger Kräfte die Administration verbilligt und zugleich die Kontrolle allfälliger Missbräuche ... erleichtert" werden; das "gemeinsame Zusammenwirken beider sonst so gegensätzlicher Gruppen (Arbeitgeber /

Arbeitnehmer) durch Kooperation auf einem neutralen Gebiet" forciert werden (hierüber definierte sich also gleichzeitig auch erstmals die Sozialpartnerschaft).

Bis zum Ende des Ersten Weltkriegs 1918 gab es nur in einigen großen Städten eine öffentliche Arbeitslosenversicherung. Die Arbeitslosenunterstützung war damals eine zentrale Aufgabe der Gewerkschaften.

Das Gesetz über die Arbeiter-Krankenversicherung stellte das zweite zentrale Sozialversicherungsgesetz dar. Diesem Gesetz kam ein besonderer Stellenwert zu, vor allem wegen der Integration der seit 1868 als autonome Selbsthilfeorganisationen der Arbeiter bestehenden und mitgliedermäßig sehr starken Arbeiterkrankenkassen (1890: ca. 240.000 Mitglieder) in die gesetzliche Krankenversicherung. Im Zusammenhang damit sollten diese Organisationen aus dem Einflussbereich der sozialistischen Arbeiterbewegung losgelöst, diese damit — parallel zu staatlichen Repressionsmaßnahmen — weiter geschwächt werden und auf diese Art und Weise die österreichische Industriearbeiterschaft verstärkt in den Staat und das bestehende kapitalistische System integriert werden.

Das Gesetz über die Arbeiter-Krankenversicherung sah insgesamt sechs verschiedene Kassentypen vor: Bezirks-, Betriebs-, Bau- und Genossenschafts-Krankenkassen, Arbeiter- bzw. Vereinskrankenkassen sowie Bruderladen (Kranken- und Invalidenkassen der Bergarbeiter). Während die Arbeiterkrankenkassen ausschließlich von ArbeiterInnen verwaltet wurden, setzten sich die Verwaltungsorgane der übrigen Kassentypen nach dem Schema zwei Drittel ArbeitnehmerInnenvertretung und ein Drittel Unternehmervertretung zusammen. In der Praxis waren aber die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Versicherten, mit Ausnahme der Versicherten der Arbeiterkranken-

kassen, nur in eingeschränktem Maße vorhanden. Die zentralen Verwaltungsgremien der Krankenkassen waren die Generalversammlung und der Vorstand, wobei die Kassenvorstände durch die Generalversammlungen in getrennten Wahlgängen der Arbeitnehmer- und Unternehmervertreter gewählt wurden.

Finanziert wurde die Arbeiter-Unfall- und Krankenversicherung durch Beiträge von Unternehmern und Versicherten, ein Staatszuschuss war nicht vorgesehen (90 Prozent Unternehmer- und 10 Prozent Versichertenbeiträge). Bei den Krankenkassen, mit Ausnahme der großteils von den Versicherten finanzierten Arbeiterkrankenkassen, mussten die Unternehmer und die Versicher-

ten für je die Hälfte der Beiträge aufkommen.

Nach einer Phase der sozialpolitischen Stagnation bis zum Ende des Ersten Weltkriegs kam es zu Beginn der Ersten Republik zu einem verstärkten Ausbau der Sozialversicherung.

So wurde 1919 das Krankenkassenkonzentrationsgesetz beschlossen, das einen ersten Schritt zur Vereinheitlichung des österreichischen Krankenkassenwesens mit sich brachte, die mit dem Krankenkassenorganisationsgesetz von 1926 weiter forciert wurde.

1920 ersetzte eine Arbeitslosen-Pflichtversicherung die bestehenden Arbeitslosenunterstützungseinrichtungen.

1920 wurde die Krankenversi-

cherung der Staatsbediensteten eingeführt und im selben Jahr der Regierungsentwurf betreffend ein Bundesgesetz über die Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversicherung der Arbeiter ausgearbeitet, der aber wegen der Auflösung der sozialdemokratisch-christlichsozialen Regierung im November 1920 nicht mehr umgesetzt wurde. Sie blieb aber auf dem Papier, weil man für ihre Verwirklichung einen "ausgeglichenen Staatshaushalt" zur Bedingung gemacht hatte.

Bei der 1920 eingeführten Arbeitslosen-Pflichtversicherung zahlten Arbeitnehmer und Arbeitgeber jeweils gleich viel ein. Die Kosten wurden je zu einem Drittel von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Staat aufgebracht. In den Verwaltungsausschüssen der "Industriellen Bezirkskommissionen", wie die Arbeitsämter damals hießen, waren Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter 50:50 vertreten.

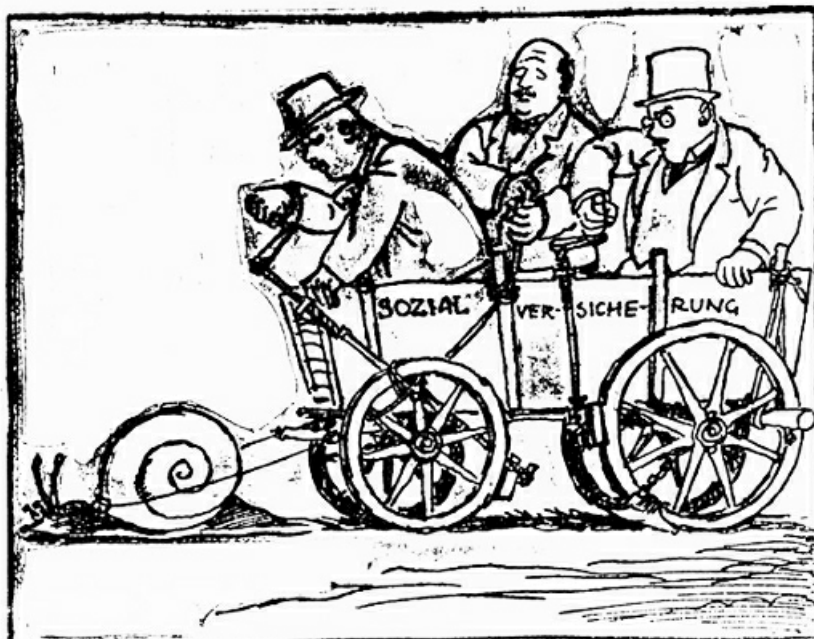
Die autonome Selbstverwaltung blieb im demokratischen Österreich unangetastet. Im Gegenteil — durch die Reform der Sozialversicherung 1927 hatten die Arbeitnehmervertreter vor allem in den neuen Gebietskrankenkassen entscheidenden Einfluss.

Die Gewerkschaften spielten bei den Wahlen in die Selbstverwaltung eine ausschlaggebende Rolle.

1921 wurden die Hausgehilfen, die bei wechselnden oder mehreren Arbeitgebern Beschäftigten und die Land- und ForstarbeiterInnen in den Kreis der Versicherten miteinbezogen (Ausdehnungsgesetz). Durch entsprechende gesetzliche Maßnahmen wurde eine Änderung des Kräfteverhältnisses innerhalb der Verwaltungsgremien der Sozialversicherung zugunsten der ArbeitnehmerInnen umgesetzt.

1926 wurde das Angestelltenversicherungsgesetz, das Landarbeiterversicherungsgesetz sowie das Krankenkassenorganisations-

## Der neue eidgenössische Staatswagen.



Dies Gefährt voll Ruh und Rost  
Ist die Bundes-Schneckenpost,  
Die von Bremsern wohl geleitet,  
Statt nach vorn, nach rückwärts gleitet.  
Nie wird sie ihr Ziel erreichen.  
Greifet selber in die Speichen!  
Fasset an! Das Ziel rückt nah  
Durch ein tausendfältig Ja!

Werbung für eine Volksabstimmung zur Sozialversicherung in der Schweiz, Anfang 20. Jahrhundert

gesetz beschlossen.

1927 wurde endlich eine Pensionsversicherung für Arbeiter beschlossen, die es in Deutschland längst gab. (Angestelltenversicherungsgesetz 1926 / Arbeiterversicherungsgesetz 1927: vier Fünftel Arbeitnehmervertreter — ein Fünftel Unternehmervertreter in Hauptversammlung und Vorstand). Auch für die Zeit der Ersten Republik lässt sich eine eher niedrige Wahlbeteiligung feststellen, wobei die Quellenlage auch hier sehr schwierig ist und genaue Angaben darüber fehlen.

### **Im Faschismus**

Von 1934 bis 1938 war Österreich ein "Ständestaat", in dem es keine freien Wahlen gab. Parteien und die damals üblichen parteinahen Gewerkschaften waren verboten.

Nach der Errichtung des austrofaschistischen "Ständestaates" 1933/34 wurde auch die soziale Selbstverwaltung massiv zurückgedrängt. Gesetzlich abgesichert wurden diese Maßnahmen durch das 1935 verabschiedete Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz (GSVG). Noch 1934 entfernte man alle Arbeitnehmervertreter aus den Verwaltungsausschüssen der Sozialversicherungen, einschließlich der industriellen Bezirkskommissionen, wenn ihnen ein Naheverhältnis zur Sozialdemokratie unterstellt werden konnte. Mit dem Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz 1935 wurden die Wahlen zur Selbstverwaltung offiziell abgeschafft. Arbeitnehmervertreter wurden durch den Sozialminister aufgrund des Vorschlagsrechts des staatlich eingerichteten "Gewerkschaftsbundes" bestellt. Während die Austrofaschisten zwar die Verwaltungsgremien der Sozialversicherung politisch majorisierten, die soziale Selbstverwaltung aber formal bestehen ließen, wurde im Zuge der Annexion Österreichs durch das "Dritte Reich" 1938 und die Einführung der deutschen Reichsversicherungsordnung 1939 in Österreich

die soziale Selbstverwaltung vollständig ausgeschaltet.

Ein Gesetz zur Wiederherstellung des "nationalen Berufsbeamtentums" führte zur vollständigen Beseitigung. An ihre Stelle trat eine Staatsverwaltung, die nach dem Führerprinzip agierte. Das Gesetz bot auch Handhabe zur Judenverfolgung in der Sozialversicherung.

Aber auch die Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversicherung der Arbeiter kam erst 1938 mit der Übernahme der "Reichsgesetzgebung". Eine Pensionsversicherung der ArbeiterInnen wurde erst — in einem rassistisch-antisemitischen Kontext — nach der Annexion Österreichs durch das "Dritte Reich" eingeführt (Reichsversicherungsordnung 1939).

### **Indirekte Selbstverwaltung nach '45**

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde auf die Wiedereinführung der direkten Selbstverwaltung verzichtet und diese durch die "abgeleitete", also indirekte Selbstverwaltung ersetzt (Bestellung der VersicherungsvertreterInnen durch Interessenverbände der ArbeitnehmerInnen und UnternehmerInnen). Dafür waren finanzielle Gründe, vermutlich aber auch politische Gründe maßgeblich (repräsentative statt direkte Demokratie, "Sozialpartnerschaft"). Ein Faktor für die Änderung des Selbstverwaltungssystems dürfte auch die niedrige Wahlbeteiligung bei den "Sozialwahlen" in der Ersten Republik gewesen sein. Gesetzlich geregelt wurde die Sozialversicherung und die soziale Selbstverwaltung durch das Sozialversicherungsüberleitungsgesetz 1947, das 1955 durch das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz abgelöst wurde. Die Träger der Sozialversicherung wurden 1948 im Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger zusammengefasst.

Seit damals werden die Arbeit-

nehmer- und Arbeitgebervertreter von den gewählten Organen der gesetzlichen Interessenvertretungen entsendet, also von der Arbeiterkammer und der Wirtschaftskammer.

1949 wurde auch wieder eine Arbeitslosenversicherung mit Mitbestimmungsrechten der Beitragszahler über ihre Vertreter beschlossen. Diese Mitbestimmungsrechte konnten auch bei der Teilprivatisierung der Arbeitsämter 1994 gesichert werden.

Die Geschichte der sozialen Selbstverwaltung zeigt, dass nur ein auf der Mitbestimmung der Versicherten aufgebautes Sozialversicherungssystem den gesetzlich vorgesehenen Versicherungsschutz — so schwach dieser in der Anfangszeit der Sozialversicherung auch war — in die Praxis umsetzen kann. Dies betrifft Bereiche wie die Vertragsgestaltung mit Ärzten, Apothekern und Spitälern, die Höhe der Versicherungsleistungen (Krankengeld, Unfallrenten etc.), die Höhe der Versicherungsbeiträge u. a. m. Ein staatlich organisiertes, steuerfinanziertes Sozialversicherungssystem ohne Mitbestimmungsmöglichkeiten der Versicherten kann dies nicht in dem Ausmaß leisten, wie es für das Funktionieren eines fortschrittlichen Gesundheitswesens notwendig ist.

### **Resümee**

Lassen wir uns diese Enteignung nicht gefallen und vor allem lassen wir uns von den UnternehmerInnen nicht entmachten - unser Geld verwalten wir selbst und die Kontrolle über unsere Organisationen obliegt uns selbst und nicht den Ausbeutern, die auch hier noch einen Profit aus unserem Leid ziehen wollen.

Erobern wir die Arbeitslose als Versicherungsleistung unter unsere Kontrolle wieder zurück und verteidigen wir unser Recht auf Krankenstand. Der Kapitalismus ist grausam, darum gehört er abgeschafft! ###



## Der gute Staatsdiener

**D**er jüngste Ministerialentwurf läßt einen ein bißerl rätseln. Da will das Innenministerium den Zivildienst ein bißli reformieren. Wenn das diese Regierung will, läßt das nicht Gutes ahnen. Seltsam ist, daß die Zivildienner einen Kurs in Staatsbürgerschaftskunde absolvieren sollen — dabei wäre es ja wohl angebrachter, dies Präsenzdienern angedeihen zu lassen. Oder will man das nicht riskieren bei Leuten, die behandelt werden, als wäre man noch in Feudalzeiten? Oder ist das Niveau bezüglich Staatsbürgerschaftskunde bei Zivildiennern generell schlechter als bei Präsenzdienern? Was hat man sich dabei gedacht? Daß ein Nichtbestehen der Prüfung keine Konsequenzen hat, ist verständlich — kein Zivi würde die Prüfung bestehen, wenn er danach untauglich wäre. Und eine Strafe wegen nicht bestandener Prüfung kann man schwer aussprechen.

Noch schräger ist die geplante Bestimmung, daß

ein Zivi bei insgesamt 21 Tagen Krankenstand zu entlassen ist — da schießt man sich ins eigene Knie, wenn man bei geburtenschwachen Jahrgängen schon jetzt die Not hat, alle Zivi-Plätze zu besetzen. Sicher, die kann man später wieder einmal zuweisen. Nur dann haben die wohl oft genug schon Jobs, sind als Zivis teurer — weil man Ersatzlöhne zahlen muß — und man ruiniert ihnen ihre Lebensplanung. Auch volkswirtschaftlich ist das eher unschlau. Auch die Institutionen werden sich bedanken, bekommen sie doch dann mehr Kurzzeitdiener, die, kaum eingeschult, schon wieder abgehen. Abgesehen dauert es bis zur nächsten Zuweisung: Kurzfristig ab Rechtskraft für so eine Bestimmung wird man noch weniger Zivis zur Verfügung haben.

Ja, zugegeben, die von dieser Regierung zu erwartende Bösartigkeit ist da zumindest auf den ersten Blick nicht erkennbar. Aber zumindest, daß es schon ein bißli jenseitig ist.

-br-

Die Erläuterung zur Novelle: [https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/ME/ME\\_00090/fnameorig\\_714053.html](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/ME/ME_00090/fnameorig_714053.html)

W i e n / G r ä t z e l /  
I n i t i a t i v e n :

## Flohmarkt: “Nur mehr Dreck und Gsindl”?

**V**orletzte Woche wurde die Öffnungszeit des samstäglichen Wiener Flohmarkts beim Naschmarkt überfallsartig von 18 Uhr 30 auf 14 Uhr verkürzt. Die ursprünglich zwölfstündige Dauer des Flohmarkts beträgt nun nur mehr 7,5 Stunden – bei freilich gleichbleibenden Standgebühren.

Diese Maßnahme war von den Verantwortlichen im Vorfeld wohlweislich nicht kommuniziert worden. Die Standler mussten ihre Plätze vorzeitig räumen, zahlreiche Kunden standen am Nachmittag ratlos vor einer leeren Asphaltfläche. Ein vor Ort anwesender Herr vom Marktamt lieferte dazu folgende Begründung: “Ab 14 Uhr gib’ts eh nur mehr Dreck und

Gsindl.”

Diese Töne kennt man nur allzu gut: Die Mariahilfer FPÖ führt seit Jahren eine Kampagne gegen den Flohmarkt – illegale ausländische Verkäufer würden zu viel Dreck verursachen. Und der neue Marktamts-Direktor, Herr Oberamtsrat Andreas Kutheil, stimmt frohgemut mit ein und gießt noch Öl ins blaue Feuerchen: “Die MA48 hat zuletzt mit dem Schneepflug fahren müssen, weil so viel Müll angefallen ist.” In Wahrheit wird die abendliche Räumung des Flohmarkts seit Jahrzehnten völlig problemlos mit Schneepflügen durchgeführt.

Derartige Kampagnen sind nicht neu: Immer wieder versuchten rechte Politiker den Flohmarkt zu diffamieren, zu beschneiden oder überhaupt abzuschaffen. Und im Jahr 2005 wurde auf Initiative der ÖVP-Wirtschaftskammer, Fachgruppe Antiquitätenhandel, die Sperrstunde des Flohmarkts schon einmal vorverlegt – damals auf 16 Uhr. Diese Maßnahme musste jedoch nach zahlreichen Protesten – unter anderem führte die damalige “Grüne Alternative

Mariahilf” eine Unterschriftenaktion durch – 2006 wieder zurückgenommen werden.

Beim jetzigen Versuch spielen aber sowohl der rote Bezirksvorsteher als auch sein grüner Stellvertreter brav mit. Herr Dr. Erich Dimitz, Leiter des Mariahilfer Bezirksmuseums und ehemaliger grüner Klubobmann, meint dazu: “Ich habe Jahre meines Lebens für den Erhalt des Flohmarktes in seiner gegenwärtigen Form zum Wohle des Bezirkes gekämpft. Dass der Bezirksvorsteher diese kulturpolitisch desaströse Maßnahme unterstützt, erschüttert und enttäuscht mich!”

Es ist wirklich sehr bedauerlich, dass die rotgrüne Stadtregierung versucht, damit politisch zu reüssieren, indem sie das Geschäft der rechtsrechten Sauberkeits- und Ordnungsfanatiker besorgt. Es wird dagegen Proteste geben – und zwar nicht nur von Seiten der Standler: Diese befürchten zu Recht, dass das gute Nachmittagsgeschäft durch die Wien-Touristen nun vollkommen ausbleiben wird.

Wir fordern die für Märkte

zuständige Stadträtin Frau Mag.a Ulli Sima auf, die drastische Vorverlegung der Flohmarkt-Sperrstunde umgehend zurückzunehmen und die seit Jahrzehnten bewährten Öffnungszeiten wieder einzuführen.

*Echt Grün Mariahilf*

Kontakt: richard.weihns@aon.at

## Keine Neuerfindung des Reumannplatzes!

**E**ine Gruppe von am Reumannplatz ansässigen Unternehmern, repräsentiert von Cafetier und Fashion Shop-Betreiber Stefan Harnisch, Apotheker Reinhard Scholda, Intercoiffeur Peter Strassl und Eismacher Kurt Tichy, ist angetreten, «den Platz neu zu erfinden» (Harnisch in *Favoriten Journal*, Sept. 2018). Im Zentrum des «erneuerten» Platzes soll ein großer «Gastro-Pavillon» mit geplanten 100 Sitzplätzen stehen. Laut Zeitungsmeldungen hat sich Bezirksvorsteher Marcus Franz den Ideen der Unternehmer angeschlossen. Gebaut soll ab Anfang 2019 werden.

Die Initiative Offener Reumannplatz ist entschlossen, diese Pläne zu verhindern, und führt dafür folgende Gründe an:

1. Entgegen den Behauptungen der Unternehmergruppe brachte die Verlängerung der U1 kein «rapides Absacken der Passantenfrequenz» am Platz. Der Reumannplatz und der unmittelbar anschließende Teil der Fuzo Favoritenstraße ist der lebendigste Platz Wiens geblieben. Vergleichbare Frequenzen bestehen nur im Bereich Kärntnerstraße / Graben /

Schwedenplatz und in der Inneren Mariahilferstraße; dort ist jedoch die BenutzerInnen-dichte vom Tourismus determiniert. Der Reumannplatz lebt durch die Bevölkerung des Grätzls.

2. Was den Reumannplatz gegenüber allen anderen Plätzen Wiens auszeichnet, ist seine außergewöhnliche Öffentlichkeit. Diese wird generiert durch den großzügigen Sitzbank-Reigen, eine Einmaligkeit im Wiener Maßstab. Bei trockenem Wetter nützen pro Tag hunderte AnrainerInnen und BesucherInnen des Bezirks OHNE KONSUMZWANG die Möglichkeit, sich vom Alltagsdruck zu erholen. Wie die veröffentlichte Bildmontage zeigt, sind rund um den geplanten Gastronomiekomplex keine konsumfreien Sitzplätze mehr vorgesehen. Eine so verstandene «Neuerfindung» ist eine euphemistische Wendung für die Gentrifizierung des Platzes.

3. Gentrifizierungsprozesse untergraben die Lebensgewohnheiten der Menschen in untersten Einkommensklassen, insbesondere eines großen Teils der migrantischen Bevölkerung des Grätzls. Ein PR-Text der Unternehmergruppe spricht in diesem Zusammenhang von einem «zweifelhaften Publikum», das durch die Kommerzialisierung des Platzes verdrängt werden soll. Falls die «Neuerfindung» des Platzes tatsächlich als Trennung der «inländischen» und migrantischen Bevölkerung verstanden wird, muss sie aus integrationspolitischen Gründen scharf zurückgewiesen werden.

4. Aus denselben Gründen muss die Intention der Unternehmergruppe hinterfragt werden, ihr Plan Sorge für mehr Sicherheit am Platz. Damit suggeriert sie, der Reumannplatz sei in der derzeitigen Verfassung, d.h. durch den Grad der Offenheit, ein Generator für Gewalt und Rechtlosigkeit. Für dieses Urteil gibt es keinerlei statistische Beweise.

5. Der angeblich von der Bezirksvorstehung unterstützte

Plan der Unternehmergruppe wird der Bevölkerung als Resultat eines partizipativen Prozesses verkauft. Tatsächlich werden die Ergebnisse eines 2017 wirklich anrollenden, dann aber abgebrochenen BürgerInnenbeteiligungsprozesses entwertet. Kein einziger unter den befragten AnrainerInnen forderte eine Bebauung des Platzes; im Gegenteil, die Befragten sprachen sich für mehr Grün und weniger Verkehr aus.

6. Die Unternehmergruppe nennt gewaltige Umsatzrückgänge, seit der Platz nicht mehr die Endstation der U-Bahnlinie ist, als Motiv ihres Platzgestaltungs-Engagements. Abgesehen davon, dass Umsatzentwicklungen der ökonomischen «Platzhirschen» kein Hauptkriterium stadtplanerischer Entscheidungen sein dürfen: erstens sind Umsatzzahlen Unternehmerrückblicke; zweitens ist nicht einsichtig, warum ein neuerrichteter Gastronomiekomplex die Umsätze bestehender Unternehmungen am Platz fördern sollte; drittens müsste im Umkehrschluss festgehalten werden, dass die betroffenen Wirtschaftssubjekte VOR der U-Bahnverlängerung 40 Jahre lang Zusatzumsätze durch den Standortvorteil genossen, der ihnen durch die öffentliche Planung erwuchs.

Die Initiative Offener Reumannplatz verlangt aus diesen Gründen die Zurückweisung des Plans der Unternehmergruppe durch die Bezirksvorstehung und einen Neustart eines demokratischen Planungsverfahrens, das die Ideen sämtlicher an einer weiteren Stärkung des öffentlichen Charakters des Platzes Interessierten thematisiert.

*Initiative Offener Reumannplatz*

Am 26. Oktober soll es ab 15 auf dem Platz zu einer kulturellen Intervention kommen — darüber, über die bisherige Medienreaktionen auf die Initiative und ganz allgemein zum Thema gibts bei: Robert Sommer, robso@chello.at, <http://ior.kulturraum10.at/>

# Termine

## Ständiges

Änderungen bitte uns bekanntzugeben!

### DEMOS

Jeden Donnerstag bis auf weiteres Aktionen gegen Schwarzblau. Wo, wann, was, wie: <https://wiederdonnerstag.at/>

**Critical Mass** (aka Radldemo), <http://www.criticalmass.at/>; Wien jed. 3. Freitag im Monat – Treffpunkt 16:30 Uhr am Schwarzenbergplatz. 17:00 Abfahrt. Graz jed. letzten Freitag im Monat – 16:30 Uhr am Südtirolerplatz. Innsbruck jed. letzten Freitag im Monat – 18:00 Uhr in der Maria-Theresien-Straße (Annasäule). Linz jed. letzten Freitag im Monat – 16:30 Uhr am Hauptplatz, Abfahrt 17:00 Uhr. Salzburg jed. letzten Freitag im Monat – 17:00 Uhr im Kurpark/Kongresshaus. Wiener Neustadt mindestens 2x im Jahr. Termine unter: <http://www.criticalmass.at/> oder Newsletter wienerneustadt@criticalmass.at bestellen. Mehr Details dazu: <http://www.criticalmass.at/about/was-ist-critical-mass-salzburg>, jew. am ersten Samstag des Monats SLP-Kundgebungen gegen die radikalen AbtreibungsgegnerInnen, ab 10 Uhr vor dem Landeskrankenhaus /Müllner Seite

### ARCHIVE, INFOLÄDEN, BUCHHANDLUNGEN U.Ä.

**INFOLÄDEN:** Wels: 4600 Spitalhof 3, <http://07242/910432>; Mi, Do 14-18, Fr 14-22, Sa 11-14, [infoladen-wels@liwest.at](mailto:infoladen-wels@liwest.at); Korneuburg: IL Kamtschatka Zivild.berat., Bücher, Zeitschr., j. 1.u.3. Mi i.Mon. 15.30-16.30, 2100 Laaer Str. 6; IL Linz: Treibsand Rudolfstr.17, Di, Fr, Sa 16 - 20h, <http://www.kv-treibsand.at>; IL Salzburg: Lasserstr.26, Di+Do 16-20h, So 13-19h, [infoladen.salzburg@gmx.net](mailto:infoladen.salzburg@gmx.net); IL Bregenz, AJZ Between, Bahnhofstr.47, 05574/44379, [juzbuch@gmx.at](mailto:juzbuch@gmx.at)

**EKH** (1100, Wielandg. 2-4): Que(e)r Mittwochs-Beisl 18,30-24h. Infol.X: Mi-Do 14-20, Fr, Sa 14-22h. VOLXBibliothek Do 16 - 20 h. [www.med-user.net/~ekh](http://www.med-user.net/~ekh); HausBibliothek, Do 16-20h, [www.med-user.net/~ekh/bibliothek.html](http://www.med-user.net/~ekh/bibliothek.html)

**PrekärCafe** j. 1. Di im Monat 20h Disk.; ab 18h, 1010 Wipplingerstr.23/Stiegenabg.

**Buchhandlung "Libreria Utopia"**, 1150, Preysingg. 26-28, Mo-Fr ab 15h, Sa ab 12h. [Infos radicalbookstore.com](http://www.radicalbookstore.com)

**Anarchistische Buchhandlung Wien**, Oelweing. 36/5, 1150; Di & Mi, 18-20h & j. 1.&3. Sa i. Monat, 12-16:30

**Anarchistische Bibliothek** jed. Mo 18 - 20h oder nach Absprache. 1080 Lerchenfelder Str.124-126/Hof 3/Tür 1a, <http://a-bibliothek.org>

**Archiv d. soz. Beweg.**, Mi u. Fr 17-20h, Kontakt [www.bibliothekvonunten.org](http://www.bibliothekvonunten.org), [archiv.wien@gmx.at](mailto:archiv.wien@gmx.at), 1010 Wipplingerstr.23

**Marxer Lesestube** (Zeitungen, Sachbücher) Do 17-18h, auch vorher und

nachher. 1030 Marxerg. 18 (Ecke Gärtnerstr.), Tel. 0681 1027-8815

### ARBEITSLOSE

**aha - Arbeitslose helfen Arbeitslose:** 2. oder 1. Do. im Monat, Khevenhüllerstr 4, 4020 Linz <http://www.vereinaha.at/Infoabend-de.htm>

**"Aktive Arbeitslose Österreich":** Offenes Treffen mit Beratung jeden 4. Do ab 16 Uhr Café Müller, Payerg.14/Yppenplatz 2, 1160; Szb-Regionalgruppe: J. 4. Mi.i.Monat, Beisl im ABZ, Kirchenstraße 34, Salzburg. Telef Beratung 0676 3548310, <http://www.aktive-arbeitslose.at>. Online-Rechtsinformation: <http://www.arbeitslosennetz.org>

**AMSand**, Beratung jeden Donnerstag 18-20h, Amerlinghaus, Stiftingasse 8, 1070, <http://amsand.net>

**AMSEL:** J. 2. Do (werktags) von 17-20h im Infoladen Schwarzes Radischen Steinfeldgasse 2, 8020 Graz <http://www.amsel-org.info>

**"Zum Alten Eisen?":** Do ab 16:30, Café Siebenbrunnen, 1050, Siebenbrunnenplatz <http://www.zum-alten-eisen.at>, T 0650/92 06 731

### FRAUEN:

**FLMZ**, Währingerstr. 59/St.6, 1090, Eingang Prechtlgasse, T+F 4085057, Plenum: j. 1. Do, 18:30, 2.St; FZ-Beisl: Do-Sa ab 19h, Plenum: j. 2.u.4. Di 18h, j.3.Do, 20h: Kitschfilmabend; ARGE Dicke Weiber, jed. 2. Fr, 17:30; T4028754; Beratungs-, Therapie- & Bildungszentr.f. Immigrantinnen, T4086119, <http://www.peregrina.at>; V. Förderung femin. Handwerkerinnen, T4084443

**Frauensolidarität**, feministisch-entwicklungspolitisch: Bibliothek & Dokumentation 1090 Sengeng.3, Tel.3174020-400, Öffnungszeiten Mo-Di 9-17h, Mi-Do 9-19h, Fr 9-14h. [netz: www.frauensolidaritaet.org](http://www.frauensolidaritaet.org)

**Archiv der Frauen-u. Lesbenbewegung** Stichwort, 1040 Gusshausstr.20/1A+B, Tel. 812 98 86, e-mail: [office@stichwort.or.at](mailto:office@stichwort.or.at), geöffnet Mo + Di 9-14h, Do 14-19

### FRIEDEN

**Arge WDV**, [argewdv@verweigert.at](mailto:argewdv@verweigert.at), 535 91 09, Fax 5327416. 1010 Schotteng. 3a/1/4/59. Wehrdienstverweig. u. Zivild.berat. Mo 18h, Deserteurs- u. Flüchtl.berat. Mi 18h; [www.deserteursberatung.at](http://www.deserteursberatung.at); Tel. 533 72 71; Rechtsberatung bei dring. Fällen: 0699/ 112 25 867, [solidaritaetsgruppe@chello.at](mailto:solidaritaetsgruppe@chello.at)

**Wf.Friedensbew.**, Plenum jed. 1. Di. i. Mon. 19h, Lokal Rotpunkt, 1050 Reinprechtsdorfer Str. 6

**Solidar-Werkstatt** (vormals friwe), Waltherst. 15, 4020 Linz, T. 0732/771094, F. 0732/797391, [office@solidarwerkstatt.at](mailto:office@solidarwerkstatt.at), <http://www.solidarwerkstatt.at>

**Internat. Versöhnungsbund** lädt [www.versoehnungsbund.at](http://www.versoehnungsbund.at); Tel.408 5332, 1080 Ledererg.23/3/27

### PARTEIEN

**SLP:** 1200 Pappenheimg.2/1, T. 5246310, F. 5246311, e-mail [slp@slp.at](mailto:slp@slp.at); Termine unter [www.slp.at](http://www.slp.at), Treffen: SLP-West am Mo. 18h Buchh.Libreria Utopia 1150 Preysingg.26-28, Brigittenu. 2: Do 18,30 im SLP-Büro 1200 Pappenheimg.2/1, Brigittenu. 1: Die 18,30 im SLP-Büro, Graz, Mo, 19h, Café Stockwerk, Jakominipl.18, Linz, Die, 18h Alte Welt, Hauptpl.4; Szb, Mo 19h, Shakespare, Hubert-Sattler-G.3/Mirabellplatz; Gmunden jed. 2. Do um 18h im Einkaufspark, Habert Cafe, Vöcklabruck, jed. 2. Do, 18h, Café zur Brücke, Vorstadt 18

**KPÖ:** Linz, Treffpunkt Cafe KPÖ, Mi 18h, Melicharstr.8

**Polit. Bezirksini. PoDi-Politik** Direkt am 1. oder 2.Mo im Mon, 19h Uhr, Café Sperlhof, 1020 Große Sperlg. 41, <http://poldi.mond.at>, Nachfragen: 319

44 86 o. [poldi.news@mond.at](http://poldi.news@mond.at)

### SONSTIGES

**LICRA - Internat. Liga gg. Rassismus & Antisem.**, NGO, Jour fixe j. 1. und 3. Mo im Mo, 19:30, Rep.Club, 1010, Rockhg.1/Café Hebenstreit

**WILI-Wr. Lehr.In.Ini j. 1. Mi.** 19:30 KIV, 1020 Odeong.1/Gr. Mohreng.

**Wuk-Inforunde:** j. 1. Mi. i. Mo. 18h. Permakultur, Selbstversorg., Tauschkreise, Veganes; 1090 Währ. Str.59

**RKL & Aktionskom. gg. Sozialabbau:** Vorstadt-Zentrum, Gußhausstraße 14/3, 1040, So von 16-22h, Soli-Café Di 18h

**Kostnixladen virtuell:** [www.geldlos.at](http://www.geldlos.at) - real: im vekks. 1050 Zentag.26, Mo, Do, Fr jew. 15-20h. ebd: WEGzehr & Kost-Nix-Kino jed. 1. Do im Mon., kochen ab 14h, ab 20h filme und vöki

**AUGE/UG Büro**, Termine /Themen: <http://www.auge.or.at>, Mi., Ort: Belvedereg. 10/1, 1040; KIV/Unabh. Gewerksch. Gemeindebed., KIV-Club Odeong.1/ Eingang Ecke Mohreng., 1020, [kiv@kiv.at](mailto:kiv@kiv.at)

**VIRUS Di**, 20h WUK-Umweltb., 1090 Währ.Str.59, Eisenstiege

**Pankahytn**, jeden Dienstag ab 20h Stammtisch. 1150 Johnstraße 45/Halle, [www.pankahytn.isdrin.at](http://www.pankahytn.isdrin.at)

**Bikekitchen ReparaturBAR:** Donnerstag Selbsthilfwerkstatt: 16-20h / Community: 20-24h, j.d. 1.Fr im M. 16-20h Rad-Werkstatt nur für Frauen, Lesben und Transgender. 1150 Goldschlagstr.8. Gebrauchte Ersatzteile sind vorhanden.

**Offenes Treffen** des ehem. Speaker-scornor gg Schwarzbunt j. 1. Do im M., 19 Uhr Käuzchen, 1070 Gardeg./Neustiftg.

**Anlaufstelle** zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentiert Arbeitender (UNDOK): ÖGB-Haus Catarina 1. Stock,

1020 Johan Böhm Platz 1, U 2 Station Donaumarina

**Die Academy** von Amnesty International bietet div. Workshops und Seminare an, z.B. über Flucht, Menschenrechte, Islam, Antirassismus, Argumentationstraining u.a. Infos unter [www.academy.amnesty.at](http://www.academy.amnesty.at), Tel. 78008

**Treffen der Versöhnungsbund-Aktiv-Gruppe**, Jour fixe letz Mo im Monat, ab 17,30 im Seminarraum, 1080 Ledererg.23/3/27. <http://www.versoehnungsbund.at>

**Basisgruppe** Gesellschaftskritik Salzburg: Disk.abende jew. Di & Sa im Sub und im Infoladen. Infos und konkrete Termine [geskrit.wordpress.com](http://geskrit.wordpress.com).

**WEN DO - feministische Selbstverteidigungs-Kurse** für Frauen und Mädchen im FMLZ, 1090, Währinger Str 59/St6, Kontakt 01/408 50 57, [www.wendo-wien.at](http://www.wendo-wien.at), e-mail: [wendo.wien@gmx.at](mailto:wendo.wien@gmx.at)

## Derzeitiges

**Jüdisches Museum**, 1010 Dorotheerg.11, So - Freitag 10 - 18 Uhr, bis 25.11.2018: Teddy Kollek der Wiener Bürgermeister von Jerusalem.

**Metro-Kinokulturhaus**, Ausstellungen: "DIE STADT OHNE jeden muslimen flüchtlinge ausländer", täglich von 15 bis 21 Uhr. 1010 Johannesg.4, Dauer: bis 30.12.2018

**Ausstellung** bis 31.10. im Palais NÖ: 1848 - die vergessene Revolution! 1010 Herrerg.13

**Linz, Wissensturm**, Ausstellung bis 5.11.2018: atom-

stopp\_atomkraftfrei leben! "Zwentendorf.40 - Widerstand für die Zukunft" (Infos: <https://zwentendorf40atomstopp.wordpress.com/oefnungszeiten/>)

## Donnerstag, 18.10.

**AM 18. OKTOBER IST WIEDER DONNERSTAG! TREFFPUNKT: 18 UHR STEPHANSPLATZ.** Unter dem Motto Augen Auf! KlappeAuf! gestaltet die Initiative KlappeAuf diesen Donnerstag. #KlappeAuf ist eine Initiative von über 100 österreichische Filmemacher\_innen, die unter dem Motto "gegen Verletzung und Entsolidarisierung" kurze Filme produzieren, die jeden Donnerstag als #KlappeAuf-Wochenschau online verbreitet werden und in den Kinos als Vorfilme laufen. Mehr Infos auf: [www.klappeauf.at](http://www.klappeauf.at). Um 18.30 gib'ts am Stephansplatz ein pedalpowered screening by CycleCinemaClub, anschließend ein Spaziergang mit Video-Projektionen im öffentlichen Raum über den Praterstern bis zur Nordbahnhofhalle, wo ab 20.30 Kurzfilme gezeigt werden. Route: Stephansplatz- Rotenturmstraße - Schwedenplatz - Schwedenbrücke - Praterstrasse - Praterstern fluc - Lasallestraße - Vorgartenstraße - Krakauer Straße - Bednar Park

**Republikanischen Club / Neues Österreich**, Rockgasse 1, 1010 Wien, 19 Uhr, Lesung: ICH BIN IN SEHNSUCHT EINGEHÜLLT - Gedichte von Selma MEERBAUM-EISINGER, Mitglieder des Ersten Wiener Lesetheaters lesen: Heidi HAGL, Susanne LITSCHAUER, Rahel Rosa

**VORTRAG & DISKUSSION** «Generations-Bubbles: Junge Transformers - Alte 68er» Beate Großegger, wissenschaftliche Leiterin des Instituts für Jugendkulturforschung. WUK, Initiativraum, Stiege 5,1. Stock, 18.30 Uhr 9,Währingerstraße59

**LESUNG & GESPRÄCH** «Wo die Sätze herkommen» Andrea Maria Dusl & Stephan Eibel Erzberg; Literaturhaus, 19.00 Uhr, 7,Zieglergasse26A

**LESUNG** «Literatur im Widerstand» Mit Vera Albert, Judith Gruber-Rizy, Gabriela Schmoll. Texte von Bertolt Brecht, Erich Fried, Theodor

Kramer, Oswalda Tonka, Ari-Rath u.a. Werk! im Goethehof, 19.00 Uhr 22, Schüttaustraße 1-39/6/R02

LESUNG Wolfgang Popp «Die Ahnungslosen» Eine mitreißende Hommage an die Unvorhersehbarkeit des Lebens. Buchhandlung Lerchenfeld, 19.00 Uhr 8, Lerchenfelder Straße 50

PREIS FREIE SZENE Im Rahmen der Verleihung Podiumsdiskussion zum Thema «Stadt ohne Räume?». Mit: Alisa Beck (IG Kultur Wien) / Thomas Diesenreiter (KUPF - Kulturplattform 00) / Martin Margulies (Grüner Sprecher für Budget und Kultur) / Gudrun Pollack (SchloR. Schöner Leben ...) / Ursula Maria Probst (Kunst im Fluc) / Claudia Weinzierl (Stadtteilkultur Wien). Ab 22 Uhr: Party mit Fatalismus Spunk Rhiz, 19.00 Uhr 8, U-Bahnbogen 37  
GESPRÄCH «Tea for three» Klaus Nüchtern & Daniela Strigl mit Tanja Paar (Autorin und Journalistin). Besprochen werden: Wolf Haas «Junger Mann», Wolfgang Herrndorf: «Stimmen», Peter Rosegger «Jakob der Letzte» Hauptbücherei, 19.30 Uhr 7, Urban-Loritz-Platz 2a, Tel. 01/4000-84548

### Freitag, 19.10.

19:30, Arena Bar; Verjagt und vergessen, Lesung mit Lorenz Glatz und Hans Hagenhofer. Auch in Wiesmath, einer Gemeinde in der Buckligen Welt (NÖ), dem Heimatort des Journalisten L. Glatz, wird ungern über die Zeit zwischen 1938 und 1945 gesprochen. Glatz fand diese Verdrängungsleistung unerträglich, beauftragte sich selbst zur Recherche – und traf auf Menschen wie Alice Carmel. Ihr und anderen vertriebenen Wiesmather Jüdinnen und Juden ist das Buch «Reisen zu verlorenen Nachbarn» (Löcker Verlag,) gewidmet. Eintritt: Freie Spende, 1050 Wien, Margaretenstraße 117

### Samstag, 20.10.

Grünes Haus, 9,30 - 17h, Workshop mit Lotte Kreissler und Andreas Peham: Extremismen - aus der Mitte der Gesellschaft? 1070 Lindeng.40

Architekturzentrum, 9,30 bis 20 Uhr, Symposium im Rah-

men der Ausstellung "Roland Rainer. (Un)Umstritten. Neue Erkenntnisse zum Werk 1936 bis 1963. Spätestens seit der von der Stadt Wien in Auftrag gegebenen Studie über personenbezogene Straßennamen, worin der Roland-Rainer-Platz als "Fall mit Diskussionsbedarf" eingestuft wurde, traten Fragen zu den biografischen Selbstaussagen des Architekten in Bezug auf die NS-Zeit auf. 1070 Museumsplatz 1 im MQ, Indos www.azw.at

### Sonntag, 21.10.

Aufgaben und Möglichkeiten der Bezirksvertretung kennenlernen mit den 5 Wien-und-Bezirksräten: 16-19 Uhr 1040, Gusshausstr. 14/3

### Montag, 22.10.

DISKUSSION «Nach dem Putsch: 16 Anmerkungen zur neuen Türkei» Mit Ayse Cavdar (Historikerin und Autorin, Istanbul/Berlin) und Mithat Sancar (Jurist und Abgeordneter der HDP, Ankara). Hauptbücherei, 19.00 Uhr 7, Urban-Loritz-Platz 2a, Tel. 01/4000-84548

Österr. Kontrollbank, Tagung: DAS IST DOCH DAS MINDESTES! Soziale, ökonomische und rechtliche Perspektiven auf die Zukunft der Bedarfsorientierten Mindestsicherung. 1010 Strauchg.3, Info: www.armutskonferenz.at

19h, ÖKG, FILM: "Roque Dalton, erschießen wir die Nacht!" von Tina Leisch. Roque Dalton (1935-1975) ist der wichtigste Dichter El Salvadors, der Bertolt Brecht oder Jura Soyfer Mittelamerikas, sein Leben ein Abenteuerroman, seine Dichtung der prickelnde Funkenschlag zwischen politischer Utopie und Sinnlichkeit, zwischen revolutionärer Überzeugung und Lust an der Häresie. Österreichisch-kubanische Gesellschaft, Seisgasse 1, 1040

19.00, DEPOT, ent/grenzen, Buchpräsentation, Die Grenze avancierte in jüngsten gesellschaftspolitischen Debatten zu einer virulenten Denkfigur. Wie verhandeln Kunst- und Kulturwissenschaften dieses komplexe und mehrdeutige Phänomen? Der Band führt Diskussionsstränge zusammen, die einer Naturalisierung und zunehmend polemischen

Instrumentalisierung von Grenzen differenzierte Perspektiven entgegensetzen. Im Vordergrund steht die Befragung dichotomischer Konstruktionen eines "Wir" versus "die Anderen". Mit den Autorinnen. Marcel Bleuler?/?Anita Moser (Hg.): Künstlerische und kulturwissenschaftliche Perspektiven auf Grenzräume, Migration und Ungleichheit. Transcript Verlag, Bielefeld 2018; Breite Gasse 3, 1070

### Dienstag, 23.10.

Republikanischen Club / Neues Österreich, Rockhagasse 1, 1010 Wien, 19 Uhr, Mit Lesung und Musik: ENTKOMMEN! Literarisch-philosophisches Werkstattgespräch, es lesen und diskutieren: Zdenka BECKER, Ditha BRICKWELL, Vladimir VERTLIB

Aktionsradius Wien, 1200 Wien, Gaußplatz, 19.30 Uhr, 11 NATION? SINN ODER UNSINN? DISKUSSION kontroverser Gedankenimpulse zum Thema Nation mit Willi Langthaler und Richard Schuberth Moderation: Hannes Hofbauer

VORTRAG «Marschrichtung Nationalismus - unausweichlich?» Alfred Kosing, HIG Universität Wien, Hörsaal A 222, 18.00 Uhr 1, Universitätsstr.7

### Mittwoch, 24.10.

Buchhandlg. Ortnerbücher, 19h, Romanpräsentationen Doris Fleischmann "Alles, was bleibt oder Ein Haus in Wien" und Luis Stabauer "Die Weißen", 1080, Tigergasse 19

19h, depot, Demokratie + Medienkompetenz = Öffentlichkeit, Vortra; Medien stellen Öffentlichkeit her – für Themen, Personen, Meinungen. In der Demokratie ist Öffentlichkeit jedoch mehr als das: Sie legitimiert Macht. Weder die Erbfolge wie in der Monarchie, noch der Wille Weniger wie in der Diktatur legitimieren die Macht, sondern das Öffentlich-Machen von Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen. Demokratische Öffentlichkeit ist daher sowohl Kontrolle von Macht als auch das Einbringen von Anliegen der Bürger\_innen in diese Prozesse. Genau das sind auch die beiden Grundfunktionen der Medien in der

Demokratie. Ob sie funktionieren, hängt nicht zuletzt davon ab, wie wir mit Medien umgehen. Josef Seethaler, Kommunikationswissenschaftler; Breite Gasse 3, 1070

Salzburg, Große Aula der Universität: Festakt "20 Jahre THE NUCLEAR-FREE FUTURE AWARD", Verleihung der Preise 2018, Musik: Konstantin Wecker und Jo Barnikel. (Kartenreservierung: www.sn.at/reservierung)

### Donnerstag, 25.10.

Salzburg, Saal der Salzburger Nachrichten, 10 Uhr: Symposium im Geiste von Leopold Kohr "Für ein atomfreies Europa der Regionen - Anleitung für eine notwendige Utopie". Karolingerstr.40 (Kartenreservierung: www.sn.at/reservierung)

### Freitag, 26.10.

Wien Westbahnhof/Christian Broda Platz, 13 Uhr, DEMONSTRATION: Nein zur Regierung der Industriellenvereinigung - für ein lebenswertes und neutrales Österreich.

Aktionstag: TAG DER NEUTRALITÄT, Neutralität statt Kriegshetze und Kriegsteilnahme! Flugblattverteilung ab 10.00Uhr. Treffpunkt: Denkmal der Republik 1010 Wien, Dr.-Karl-Renner-Ring 3 (neben dem Parlament am Ring, Richtung Bellaria). Verteilaktion: 1010 Wien, Nähe Burgring 6, 1010 Wien, vor dem Eingang Volksgarten zum Heldenplatz, zwischen Radweg und Fahrbahn/Straße/Ring. Wer mitmacht, kontaktiert bitte Gewerkschafterl. gg. Krieg unter: ggae@gmx.at Graz, BH Mariatrost, ab 14h Dreijahrestagung und Mitgliederversammlung des Internationalen Versöhnungsbundes - österreichischer Zweig. Die Wahrheit sagen! Widerstand leisten! Kirchbergstr.18 (Info: www.versoennungsbund.at )

18.00, Depot, Budapest, München, Wien – Rätebewegung zwischen Macht und Ohnmacht, Peter Cunderlik, Historiker, Budapest, Robert Foltin, Autor, Wien, Simon Schaupp, Soziologe, Basel; Breite Gasse 3, 1070.

### Samstag, 27.10.

Tagung der Initiative Rätebewegung, DEPOT; Breite Gasse 3, 1070

10.00?–?13.00, Revolution der Männer? Frauen in der österreichischen Rätebewegung. Veronika Helfert, Historikerin; Psychoanalyse und Rätebewegung. Helmut Dahmer;

14.00?–?17.00: Räte als Werkzeug zur Selbstorganisation und sozialer Veränderung am Beispiel Großraum Wien. Peter Haumer, Das jüdische Proletariat in der österreichischen Rätebewegung. Mario Memoli, Historiker

Theorie und Perspektive der Räte. Jens Benicke, Politologe, Freiburg  
Radikale Gleichheit: Zur konkreten Utopie der Räteidee. Anna Leder, Physiotherapeutin

17.30?–?18.30: Schreiben für die Revolution, aktivistische Schriftsteller\_innen und Zeitungsprojekte in der Zeit des revolutionären Umbruchs. Eva Schörkhuber, Andreas Pavlic 18.30?–?22.00: Pannekoeks Katze, die Sache mit den Räten. Papiertheater Kollektiv Zunder

Graz, BH Mariatrost, Fortsetzung der Tagung ab 9 Uhr und ab 14,30 Mitgliederversammlung. Kirchbergstr.18, www.versoehnungsbund.at

**Dienstag, 30.10.**

St. Wolfgang, BlfEB, Tagung bis 31.10.: Medien und Demokratie im Wandel. Kritische Medienkompetenz als Bildungspraxis gegen Filterblasen, Hate Speech und "Fake News". (Info: www.commit.at/hc/veranstaltungen/)

19.30 Uhr, Aktionsradius Wien, 1200 Wien, Gaußplatz 11, POPULUS, DAS VOLK - Zwei Bücher und zwei Perspektiven zum Thema Populismus von Andreas Nölke und Walter Ötsch, Podiums-Diskussion, Moderation: Willi Langthaler In ihrer "Anleitung zur Volksverführung" zeigen die Autoren als fiktive Coaches, wie man erfolgreicher (Rechts-)Populist wird. Sie entlarven klug und unterhaltsam die Tricks und Täuschungsmanöver der Demagogen und entschlüsseln ihre Codes, Sprache und Taktiken.

**Montag, 5.11.**

VHS Ottakring, 19h, Lesung mit der AGA-Arbeitsgem. Autorinnen zum Thema: 1918

und Erinnerungen daran, wie Gesellschaft sich verändert (Tagebuchtag 2018). 1160 Ludo Hartmann Platz 7

19.30 Uhr, Aktionsradius Wien, 1200 Wien, Gaußplatz 11, "Kritik der Migration" Buchpräsentation: Hannes Hofbauer gibt einen historischen Überblick über die großen Wanderungsbewegungen und ruft die Ursachen dafür in Erinnerung, die von Umweltkatastrophen über Kriege bis Krisen reichen.

19h, Amerlinghaus; 40 Jahre Nein zu Zwentendorf, Podiumsdiskussion, Damals: Nein zur Atomenergie – Heute: Herausforderung Klimawandel. Mit Helga Kromp-Kolb, Mira Kapfinger, Alois Stöger, Robert Wurm, Wilfried Leisch; Die Atomlobby erhebt wieder ihr Haupt. Das jüngste Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) zum geplanten britischen AKW Hinkley Point C lässt massive staatliche Atomförderungen zu. Außerdem will uns die Atomindustrie AKWs gerne als Ausweg aus der Klimaerwärmung verkaufen. Doch weder sind AKWs der Ausweg aus dem Klimawandel, noch hilft Leugnen des Klimawandels oder die "Klimaanpassung" von Mensch, Umwelt und Wirtschaft gegen die Klimaerwärmung. Was ist notwendig? Ein grundlegender Wandel unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Was das bedeutet und was zu tun ist, das wollen wir an diesem Abend gemeinsam diskutieren. Um Anmeldung wird ersucht: ggae@gmx.at - Freier Eintritt, Spenden erbeten. Erfrischungen und Brötchen frei. Veranstalter: GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg; Stiftgasse 8, 1070 Wien, Galerie, 1. Stock

19 Uhr, im Republikanischen Club: Von Mao zur globalen Supermacht des Grossen Vorsitzenden Xi - WELTMACHT CHINA von Raimund LÖW und Kerstin WITT-LÖW (Residenz Verlag). Erfahrungsbericht des ORF-Chinakorrespondenten und Buchautors Raimund LÖW. Mit Kerstin WITT-LÖW zeichnet der langjährige ORF-Auslandsexperte Raimund LÖW im neuen Buch "Weltmacht China" (Residenz Verlag, mit einem Vorwort von Hugo PORTISCH) ein Bild

widersprüchlicher Dynamik im Reich der Mitte. Moderation: Georg HOFFMANN-OSTENHOF. Rockhgasse 1, 1010

**Mittwoch, 7.11.**

ega: frauen im zentrum, Windmühlgasse 26, 1060 Wien, 18:30 bis 21:30 Uhr, Eine Veranstaltung im Rahmen des Gedenkjahres 1938 - Ich lasse mich nicht brechen - Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Gespräch mit: Marina Hanke, BA, Abgeordnete zum Wiener Landtag und Gemeinderätin, Dr.in Ilse Korotin, Soziologin und Philosophin, Leiterin der Dokumentationsstelle Frauenforschung, Moderation: Mag.a Barbara Mithlinger, ega, Eröffnung: Petra Bayr, MA, MLS, Abgeordnete zum Nationalrat, Präsidentin der Wiener Bildungsakademie,

19:30, Amerlinghaus; kollektivtheater wird präsentiert: Husch, husch - weitergehen! Neoliberales Fortschrittsdenken und Retraditionalisierung bestimmen unseren Alltag zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Wir wählen bewusst die Firma Fahne Österreich für die Modellszene. Der Umbau des Betriebs wird autoritär und mit Tempo betrieben. Der neue Geschäftsführer setzt auf Rationalisierung um jeden Preis. Die Belegschaft kann kaum noch Luft holen, solidarisches Handeln scheint unmöglich. Bis das Publikum eingreift. Kontakt: kollektivtheater@verweigert.at Tel 0699 10971183

**Donnerstag, 8.11.**

Salzburg, KommEnt, 19h, Lebensgespräch mit Matthias Reichl, Begegnungszentrum für aktive Gewaltlosigkeit. Elisabethstr.2/5.St. (Anmeldung: office@komment.at, 0662-840953-14)

**Sonntag, 11.11.**

Klagenfurt/Celovec, Kärntner Landesarchiv, St. Ruprechterstr. 7, 14.00 bis 18.00 Uhr, "WAR IS OVER! If you want it. Se vuoi." Drei-Länder-Veranstaltung "100 Jahre Ende des Ersten Weltkriegs" (Italien / Österreich / Slowenien) Programm und Text des Manifests, der im Vorfeld diskutiert werden soll: <http://zso.slo.at/warisover>

**Montag, 12.11.**

Depot, Breite Gasse 3, 1070 Wien, 18,30: migrantig! Eine Diskussion über Einsprüche, Widersprüche und Gegenreden zu aktuellen Integrationsversuchen. 1070 Breite G. 3

20h, Amerlinghaus: Wilde Worte - Freie Wildbahn und Wunschgedichte jeweils am zweiten Montag des Monats. Mit Richard Weihs und Angelika Stallhofer: Adrian oder: Die unzählbaren Dinge

Wirtschaftsmuseum, 19h, Anton Ofner: Die AUVA - Qualität und Sicherheit durch integrierte Unfallvorsorge. 1050 Vogelsangg.36

**Dienstag, 13.11.**

Friedensinitiative 22, Pfarrheim, 19h, Buchpräs. mit Andrea Komlosy: Grenzen - räumliche und soziale Trennlinien im Zeitenlauf. 1220 Donaueystr.2/ U 1 Kaiserermühlen

Amerlinghaus, 18 h – 21 h, "System Change not Climate Change"-Abend: Verschlüsselte Kommunikation. In Zeiten zunehmender staatlicher Überwachung, vor allem von politischen Gruppen, müssen wir lernen, uns so gut es geht zu schützen. Beginnen wir bei unserer täglichen Kommunikation.

**Mittwoch, 14.11.**

Amerlinghaus: 18 h – 21 h: Workshop Klimacamp 2019 - In diesem partizipativen Workshop werden wir uns die Geschichte und Bedeutung der Klimacamps – auch "Herzstück der Klimagerechtigkeit" genannt - anschauen: Sie sind ein Raum zum Vernetzen, Weiterbilden, Planen, Träumen, Aktionen Durchführen und Utopien Leben. Danach werden wir die Strukturen und Prozesse des Organisationsteams, welche stark an der themenzentrierten Intervention (TZI) orientiert sind, ausprobieren. Die Arbeitsgruppen (von Programmgestaltung bis Müllentsorgung) werden vorgestellt und die Teilnehmer\*innen können Klimacamp-Luft in die Arbeit des Organisationsteams reinschnuppern. [systemchange-not-climatechange.at](http://systemchange-not-climatechange.at)

Cafe Jelinek, Salon, 18:30 Uhr, Lesung mit der Literaturgruppe Textmotor zum Thema

„DAS HAT MIR JA VORHER NIEMAND GESAGT“, 1060, Otto-Bauer-Gasse 5

**Freitag, 16.11.**

19:30, Arena Bar; Verjagt und vergessen; Die junge österreichische Jüdin Ruth Maier ist als «norwegische Anne Frank» bekannt. Die Tagebuchschreiberin (1933 bis 1942) fand vermeintlich sichere Zuflucht in Norwegen, wurde dann aber von norwegischen Kollaborateuren der Nazis an die Gestapo ausgeliefert. 1942 wurde sie in Auschwitz ermordet. Tragischer kann ein Schicksal kaum sein – dennoch blieb Ruth Maier in Österreich weit hin unbekannt. Vortrag: Winfried Garscha. Eintritt: Fr. Spende, 1050, Margaretenstraße 117

19 Uhr, im Republikanischen Club: „14 Tage 1918 – Die Anfänge der Republik in 53 Zeitungsausschnitten“ (Tyrolia Verlag). Ivona JELCIC und Matthias BREIT stellen ihr Buch vor. Moderation: Peter HUEMER. Eröffnet wird der Abend mit dem 3-Minuten-Stummfilm von der Ausrufung der Republik am 12. November in Wien. Bereits fünf Tage nach Ausrufung der Republik in Wien zeigte das Innsbrucker Triumph Kino diese Film, der im Auftrag des neuen Staatsrates rund um das Parlament am 12. November gedreht worden ist, im regulären Programm. Auch die politischen Symbole des verhassten Habsburger-Imperiums werden Anfang November 1918 nicht nur in Wien, son-

dern auch in Innsbruck abmontiert, so wie in Wien werden auch in Tirol Frauenversammlungen einberufen, Soldatenräte gewählt und Bürgerwehren rekrutiert ... Spuren hinterlassen hat dieser vielfältige Bruch vor allem in den Tageszeitungen, und schon der der Pressekritiker Karl Kraus meinte, „die Zeitung ist die Konserve der Zeit“.

**Montag, 19.11.**

19h, Amerlinghaus: Rechtshilfetreffen BettelLobby Wien: Seit 2013 gibt es einmal monatlich ein Rechtshilfetreffen für BettlerInnen und StraßenzeitungsverkäuferInnen im Amerlinghaus Wien. Wir haben bisher bereits hundert Strafverfügungen wegen Bettelns beeinsprucht, 80% der Einsprüche wurde bislang statt gegeben! Eingeladen sind BettlerInnen und UnterstützerInnen. Bitte alle Unterlagen zu den Strafen zum Rechtshilfetreffen mitnehmen. Wir sprechen auch Bulgarisch und Rumänisch, auf Anfrage auch Ungarisch. Es gibt Kinderbetreuung und auch einen kleinen Imbiss und Plauderei. Unsere Rechtshilfenummer: 0660 34 82 82 6

**Mittwoch, 21.11.**

Wirtschaftsmuseum, 19h, Solidarökonomie - eine Alternative oder Ergänzung zum heutigen Wirtschaften? 1050 Vogelsangg.36  
Demo gegen die Zerschlagung der Sozialversicherung, Wien; Mehr Infos ab November unter: [www.atomgegner.at](http://www.atomgegner.at)

**Donnerstag, 22.11.**

19 h, Amerlinghaus: Vortrag: Ö Hüseyn A. Simsek: Kennen wir wirklich die türkei-stämmige Gesellschaft?. Journalist und Schriftsteller Hüseyn A. Simsek hat die Migration von der Türkei nach Österreich geforscht und in einem Buch zusammengefasst: „50 Jahre Migration aus der Türkei nach Österreich.“ Das Buch wurde vom LIT Verlag veröffentlicht und erläutert die Geschichte der Minderheiten, insbesondere der islamischen und türkisch-stämmigen Bevölkerung, sowie die vereins- und verbandsmäßigen Organisationen der rechts- und linksorientierten türkischstämmigen MigrantInnen und ihrer Nachkommen. Außerdem werden die Organisationskultur der KurdInnen, AlevitInnen, ChristInnen, die Situation der Frauen sowie der Weg vom Gastarbeiter zur Österreichischen Staatsbürgerschaft beschrieben. Sprache: Deutsch

19 h, Offener "System Change"-Abend: Lobau Autobahntunnel. Was können wir tun? [systemchange-not-climate-change.at](http://systemchange-not-climate-change.at)

**Dienstag, 4.12.**

Wirtschaftsmuseum, 17h, Wolfgang Häusler: Revolution und Demokratie in Österreich: 1789 - 1848 - 1918. 1050 Vogelsangg.36

**Samstag, 8.12.**

BuchQuartier-Messe im MQ, Arena 21, Ovalhalle und Freiraum, um 16,50 Uhr, Roman-

präsentationen Doris Fleischmann "Alles, was bleibt oder Ein Haus in Wien" und Luis Stabauer "Die Weißen", 1070 Museumsplatz 1

**Dienstag, 11.12.**

Friedensinit.22, Pfarrzentrum, 19h: Einblicke in die österr. Rüstungsindustrie. 1220 Donaueystr.2/ U 1 Kaiser-mühlen

**Freitag, 14.12.**

19:30, Arena Bar; Verjagt und vergessen; «Der Wein des Vergessens» von Bernhard Herrman und Robert Streibel ist ein «dokumentarischer Roman, wie man ihn sich brisanter und spektakulärer nicht ausdenken könnte» (Residenz Verlag). 1938 befindet sich die Riede Sandgrube – eines der berühmtesten Weingüter der Wachau – im Besitz des jüdischen Geschäftsmanns Paul Robitschek; sein Partner ist August Rieger. Robitschek und der angebliche Baron sind Geschäftsfreunde und zugleich ein glamouröses Liebespaar. Lesung der Autoren. Eintritt: Fr. Spende, 1050, Margaretenstraße 117

**Samstag 15.12.**

Demo gegen die Regierung anlässlich des 1. Jahrestags ihrer Angelobung in Wien. Mehr Infos ab November unter: [www.atomgegner.at](http://www.atomgegner.at)

**VORSICHT: kleingedrucktes**

Die aktuellen Informationen verstehen sich als wöchentliches diskussions-, mitteilungs- und nachrichtenblatt mit einem termin- und veranstaltungskalender. Weiters sollen Ideen und Informationen möglichst vieler fortschrittlicher Gruppen, Initiativen und Personen weiterverbreitet werden. Jeder Artikel drückt lediglich die Meinung der unterzeichnenden Autoren und Autorinnen aus. Redaktionsmeldungen und technische Informationen können ungezeichnet bleiben.

Bedeutung der Kürzel: "akin" bedeutet einen Eigenbericht, "bearb." bezeichnen Artikel, die ohne weitere Recherche übernommen, aber sprachlich bearbeitet wurden, "gek." bezeichnet reine Kürzungen.

Die Redaktion besteht auf ihrer Autonomie und behält sich daher auch das Recht vor, Texte zurückzuweisen, zu kürzen oder zurückzustellen. Faschismen, Sexismen, Rassismen und Totalitarismen werden prinzipiell nicht gedruckt. Texte können aber teilweise oder komplett auch abgelehnt oder zur späteren

Veröffentlichung zurückgestellt werden, wenn sie beleidigend sind, nichts Neues respektive mittelwertes enthalten, nicht, nur schwer oder nur einem Spezialpublikum verständlich oder rechtlich bedenklich oder überlang sind. Auch wenn durch eine Veröffentlichung ein unzumutbarer Schaden eintreten könnte, den die Redaktion sich zu verantworten außer Stande sieht, kann ein Abdruck unterbleiben. Ablehnungen können in der akin mitgeteilt und begründet werden. Auf Verlangen einer solchen Begründung

wird eine solche obligatorisch abgedruckt. Es liegt an der Redaktion, zu entscheiden, ob ein Text in eine der oben angeführten Kategorien fällt. Sollte nach längerer Diskussion kein Konsens innerhalb der Redaktion zu erreichen sein, entscheidet die Mehrheit der anwesenden Redaktionsmitglieder. Diese sind jedoch gehalten, nach einer für alle tragbaren Lösung zu suchen. Stimmberechtigte Mitglieder sind nur regelmäßig MitarbeiterInnen der Redaktion. Abgelehnte Manuskripte können in der Redaktion

eingesehen werden.

Redaktionsschluss und öffentliche Redaktionssitzung: Montag, 18h. Jahresabonnement (etwa 28 Ausgaben): 70 Euro (bei bfs-mitgliedern ist die Abogebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten). Ausland: 70 Euro plus ein bisschen eine Spende; 3 Ausg. gratis zur Probe. Akin per e-Mail (als reiner Text oder pdf oder beides): für Papierabon. gratis, ansonsten 30 Euro. Auf eurem Adressenetikett steht in der obersten Zeile der Ablauf eures bezahlten Abos (z.B. 17/12 = Dezember 2017).

**IMPRESSUM:** Medieninhaberin (verlegerin), herausgeberin und herstellerin: bewegung für sozialismus (föj), belvedereg. 10, 1040 wien. Nachdruck unter quellenangabe und zusendung eines belegexemplars erbeten. Reproduktionen im internet bitte unter angabe unserer webadresse oder des deeplinks sowie benachrichtigung per mail. DVR-nummer: 0557 021.

**postadresse:** Lobenhauerng.35/2, 1170 wien. **redaktionsadresse:** Dreyhausenstraße 3, kellerlokal, 1140 wien. Telefon zu redaktionszeiten 0665 / 65 20 70 92, ansonsten 01 / 53 56 200 - mail [akin.redaktion@gmx.at](mailto:akin.redaktion@gmx.at) - [archivhomepage](http://archivhomepage) <http://akin.mediaweb.at> - blog <https://akinmagazin.wordpress.com> - <https://www.facebook.com/akin.magazin> - twitter @akinmagazin - radio-podcast <https://cba.fro.at/series/akin>

**Konto:** bank austria, lautend auf: föj — bewegung für sozialismus, IBAN AT04 12000 223 102 976 00, BIC: BKAUATWW